

„Wer in Schweden eine Synagoge oder eine jüdische Schule besucht, muss sich Sicherheitschecks wie auf einem Flughafen unterziehen.“

GRENZENLOSER HASS

Die UN warnen

Antisemitismus sei weltweit ein steigendes Problem, so die UN 2015. Ban Ki Moon, damals UN-Generalsekretär, meinte, der Nahostkonflikt diene als Entschuldigung für Judenfeindliches Verhalten.



Naher Osten

Die umstrittenen Entscheidungen der israelischen Siedlungspolitik sind immer wieder eine Quelle antisemitischer Kundgebungen und Kommentare, auch in westeuropäischen Ländern.



Judenhass ist immer noch ein weitverbreitetes Phänomen. Für seinen Zulauf spielt es oft keine Rolle, ob die „Zielländer“ reich oder arm sind.

Von Ralf Leonhard

Der Hass auf dem VORMARSCH

Am 9. Dezember 2017 wurde eine Chanukka-Feier in der schwedischen Stadt Göteborg von Molotow-Cocktails rüde unterbrochen. Maskierte junge Männer warfen die brennenden Flaschen auf die ebenfalls jungen Juden, die sich für das Lichterfest versammelt hatten. Zwei Tage später fand man zwei Feuerbomben vor einer jüdischen Begräbniskapelle im südschwedischen Malmö.

Die knapp 18.000 Seelen umfassende jüdische Gemeinde Schwedens ist an Attacken gewöhnt. Sie nehmen zu, wenn sich Ereignisse im Nahen Osten zuspitzen. Als US-Präsident Donald Trump am 6. Dezember mit seiner Erklärung, die Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, Empörung bei Palästinensern und anderen arabischen Völkern provozierte, marschierten auch in Malmö 200 Demonstranten und riefen nach einer neuen Intifada. Augen- und Ohrenzeugen berichteten von Slogans wie „Wir werden die Juden erschleßen“. Tags darauf bei Protesten in Stockholm sprach ein Redner von Juden als „Affen und Schweinen“.

Beschimpfungen und Attacken

Wer in Schweden eine Synagoge besucht, muss sich Sicherheitschecks wie auf einem Flughafen unterziehen. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten wachen vor jüdischen Schulen. Jüdische Lehrer müssen sich von Schülern beschimpfen und bedrohen lassen. Selbst jüdische Begräbnisse sind immer wieder Ziel von Attacken.

Der offen zu Schau gestellte Antisemitismus in Schweden ist so akut geworden, dass auch der sehr vorsichtige Premier Stefan Löfven zugeben musste: „Wir können nicht verleugnen, dass viele Menschen aus dem Nahen Osten, wo Antisemitismus weit verbreitet ist, hierher kommen. Das müssen wir stärker thematisieren.“ Er sieht also einen Zusammenhang zwischen der starken muslimischen Zuwanderung seit 2015 und den Angriffen auf Juden in seinem Land.

In Polen berichtet Agnieszka Ziatek von der jüdischen Israel-Agentur über vermehrte Nachfragen nach den Bedingungen für die

„Aufpropädistinensischen Demos in Malmö wird eine neue Intifada gefordert, Sätze wie ‚Wir werden die Juden erschleßen‘ werden gerufen, schließlich werden Juden ‚Affen und Schweine‘ genannt.“

Einwanderung nach Israel. Viele ältere Juden fühlen sich an das Jahr 1968 erinnert, als der kommunistische Premier Gomułka mit antisemitischer Rhetorik Politik machte

ausgelöst, die die weniger als 10.000 Seelen große jüdische Gemeinde im 38-Millionen-Einwohner-Staat schockiert und verunsichert hat. Ursache ist das vergangene Woche in Kraft getretene Holocaust-Gesetz, das alle mit bis zu drei Jahren Haft bedroht, die Polen für den Holocaust mitverantwortlich machen oder von „polnischen Konzentrationslagern“ sprechen.

Heftige Debatte in Polen

Schon das Buch „Nachbarn“ von Tomasz Gross hatte im Jahre 2000 eine heftige Debatte in Polen ausgelöst. Der Autor beschreibt da die Verbrechen polnischer Einwohner das Städtchens Jedwabne an ihren

und 20.000 Juden zwang, auf Eigentum und Staatsbürgerschaft zu verzichten, um aus dem Land fliehen zu können.

Ein diplomatischer Disput mit Israel hat in Polen eine Welle antisemitischer Gewalt

jüdischen Nachbarn am 11. Juli 1941. Im Zuge dieser Debatte wurde das Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) gegründet, das die dunklen Seiten der polnischen Geschichte dokumentiert.

Darauf angesprochen, dass ja auch Polen den Nazis bei der Judenvernichtung eifrig zur Hand gegangen seien, spielte Premier Mateusz Morawiecki einem israelischen Journalisten gegenüber die Verantwortung seiner Landsleute herunter: „Natürlich wird es nicht strafbar sein, nicht als kriminell angesehen werden, wenn man sagt, dass es polnische Täter gab, so wie es jüdische Täter gab, so wie es russische Täter gab, so wie es ukrainische Täter gab, nicht nur deutsche Täter.“ Ein Präsidentenberater legte nach, als er mutmaßte, Israels negative Reaktion auf das umstrittene Gesetz resultiere aus der „Scham über die passive Rolle der Juden während des Holocaust“.

Die erzkatholische PiS-Regierung lässt es zu, dass im staatlichen Fernsehen Rechtsextreme zu Talk-Shows eingeladen werden, die dann mit dem Gastgeber Witze über Juden und Gaskammern machen. Ein katholischer Priester, der im Staats-TV erklärte, es sei schwer, Juden zu mögen, wurde dann von der Regierungssprecherin wohlwollend zitiert.

ANTISEMITISMUS-BERICHT

„... an die Mauer stellen“

Ein gewisser Nader B. hofft in den sozialen Medien, „das (sic!) wieder so ein Typ wie Hitler kommt und alle Juden kaputt macht deren DNA muss einfach vernichtet werden dreckschurenkinder“. Auch Annerose S. fragt sich in seltsamer Orthographie: „wieso hat man noch niemals was gutes von Juden gehört? weder früher unter Hitler noch heute scheint ne sehr komische rasse zu sein es gibt meines wissens keine menschenrasse von der man nur schlechtes hört und Hest also können Juden noch immer nicht gu-

te menschen sein.“ Solche und ähnliche Postings hat das im Jahre 2000 gegründete Forum gegen Antisemitismus (FgA) 2017 dokumentiert. Das Forum definiert Antisemitismus als „bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Institutionen oder religiöse Einrichtungen“. Das Forum gegen Antisemitismus agiert auch als Dokumentationsstelle des linken und islamischen Antisemitismus. Die Samm-

lung ist unvollständig, weil hinter den 503 gemeldeten Vorfällen und Schmierereien eine hohe Dunkelziffer vermutet wird. Unter den 28 Bedrohungen oder Beschimpfungen findet sich der Spruch eines Taxifahrers in Wien: „Ich will am liebsten alle Juden einsammeln und an eine Mauer stellen und erschleßen.“ Das von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene und spendenfinanzierte FgA begleitet außerdem Betroffene juristisch und bemüht sich um die Entfernung von antisemitischen Sachbeschädigungen wie Hakenkreuzen auf Häuserwänden oder jüdischen Grabsteinen. (r1)

Ukraine

Der Staat bekommt die radikalen Rechten in der Westukraine offensichtlich nicht unter Kontrolle. Aber die antisemitischen Delikte scheinen nur unzureichend von der Polizei verfolgt zu werden.



Ungarn

Die Regierung hat sich für ihr Ziel, die syrischen Flüchtlinge außer Landes zu hulen, eine Verschwörungstheorie zurecht gelegt, wonach Finanzinvestor Soros für die Krise verantwortlich sei.



„Ungarns Regierung hat eine antisemitische Kampagne gegen Soros entfesselt, aber die jüdische Gemeinde ist nicht betroffen. (A. Baker, OSZE)“

Spuren des Hasses

Bei einer antiisraelischen Kundgebung in Gaza wird ein Bub angehalten, die Spur des Feuers zu legen, welches die israelische Fahne verbrennt (L).

Von den 3,3 Millionen Juden, die vor dem deutschen Einmarsch in Polen lebten, hat nur ein Zehntel überlebt. Die meisten der Überlebenden sind dann ausgewandert, vor allem nach Israel. Jene, die geblieben sind, haben ihren Kindern das Trauma von Verfolgung und Vernichtung weitergegeben.

Antisemitische Gesetze?

Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Holocaust ist der Antisemitismus in Europa wieder (oder noch) allgegenwärtig. „Lasst uns den Antisemitismus bekämpfen. Aber in unserer Lebenszeit werden wir ihn nicht besiegen“, sagte der französische Star-Philosoph Bernard-Henri Lévy in seiner Eröffnungsansprache zur Antisemitismuskonferenz, die Ende Februar in Wien über 150 Experten und reichlich Publikum versammelte. Die von den Universitäten Wien, Tel Aviv und New York sowie dem Europäischen Jüdischen Kongress (EJC) organisierte Internationale Konferenz stand un-

„Als im polnischen staatlichen Fernsehen ein katholischer Priester erklärt, es sei schwer, Juden zu mögen, wird er von einer Sprecherin der rechtskonservativen Regierung wohlwollend zitiert.“

ter dem Titel „An End to Antisemitism“ und befasste sich in unzähligen Referaten nicht nur mit den verschiedensten Formen von Antisemitismus, sondern auch mit zeitgemäßen Methoden, ihm entgegenzutreten. Bernard-Henri Lévy unterscheidet drei Formen, in denen sich der Antisemitismus heute äußert: als Anti-Zionismus, als Holocaust-Leugnung und als Gleichsetzung anderer Gräueltaten mit dem Holocaust. Er sprach sich für einen offensiven Zugang aus: „Wir müssen zum Gegenangriff schreiten.“ Von den drei gängigen Quellen von Attacken gegen Juden und das Judentum – rechtsextreme, linksextreme und islamistische – hält er die linksextremen und islamistischen für die gefährlicheren. Denn gegen rechtsextreme Ewiggestrige gebe es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Argumente der Linken, meist als Kritik an Israel aufgehängt, träfen viel eher auf allgemeines Verständnis und der islamische Antisemitismus könne „die Welt in eine Katastrophe führen“. Der Philosoph ist überzeugt, dass die Allianzen, speziell mit den christlichen Kirchen, von elementarer Bedeutung seien.

Der über Jahrhunderte gepflegte katholische Antisemitismus ist in den letzten Jahrzehnten auf dem Rückzug. Viel häufiger fühlen sich Juden heute durch die säkulare Gesellschaft bedroht. So etwa vom Urteil eines Kölner Richtersensats, der 2012 die Beschneidung von Kindern als Körperverletzung einstuft. Für Maximilian Gottschlich, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien und Autor zum Thema Antisemitismus, ist das Urteil skandalös: „Das ist ein Eingriff in die Religionsfreiheit und das Elternrecht. Es löst diesen kleinen chirurgischen Eingriff aus dem Gesamtkontext der Religion heraus.“

Ähnlich fielen die Reaktionen der jüdischen Welt auf das Ende Februar in Island verabschiedete Gesetz gegen die rituelle Beschneidung von Knaben aus. Die weltliche Genitalverstümmelung ist schon seit 2005 verboten. Das Wiesenthal-Center hatte schon 2015 von Reisen nach Island abgeraten, als das Stadtparlament von Reykjavik einen Boykott israelischer Waren beschlossen hatte, bis die Besatzung der palästinensischen Territorien beendet wird.

Kongress in Wien

„An End to Antisemitism“ befasste sich in unzähligen Referaten nicht nur mit den verschiedensten Formen von Antisemitismus, sondern auch mit zeitgemäßen Methoden, ihn zu bekämpfen. Eröffnungsredner war Bernard-Henri Lévy.



Bei einer großen Expertentagung in Wien wurden mögliche Lösungsansätze für ein Ende des Antisemitismus besprochen. Auch der OSZE-Beauftragte nahm teil.

„Die Scheu, erkennbar zu sein“

Das Gespräch führte Ralf Leonhard

Rabbiner Andrew Baker ist der von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) Beauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus und Geschäftsführer der Internationalen Jüdischen Angelegenheiten des American Jewish Committee.

DIE FURCHE: Bernard-Henri Lévy hat in seiner Eröffnungsrede drei Arten von Antisemitismus unterschieden. Ist das eine Einteilung, mit der Sie in der OSZE etwas anfangen können?

Andrew Baker: Schon 2004 haben wir uns gemeinsam mit der in Wien angesiedelten Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit um eine Definition des Antisemitismus bemüht. Antisemitismus kann in den unterschiedlichsten Formen auftreten: als Hass und Diskriminierung Juden gegenüber, er kann sich in Verschwörungstheorien und Stereotypen äußern, die auf Holocaust-Leugnung oder Verdrehung der Fakten hinauslaufen, und durch Infragestellen des Existenzrechts von Israel. Wenn Analogien gezogen werden zwischen dem Verhalten der Israelis als Besatzungsmacht und den Nazis. Manche dehnen ihre Kritik am Staat Israel auch auf jede jüdische Gemeinschaft aus und machen sie dadurch zum Ziel von Angriffen.

DIE FURCHE: Wo zieht man die Linie zwischen legitimer Kritik an der Regierung Israels und antisemitischen Attacken?

Baker: Das ist die falsche Frage. Ich glaube nicht, dass wir uns darauf konzentrieren sollten, diese Linie zu definieren. Vielmehr geht es da um zwei unterschiedliche Zugänge. Wir können verstehen, wenn jemand Israel beispielsweise als Apartheid-Staat oder rassistischen Staat beschreibt. Aber

man kann nicht die Behandlung der Palästinenser mit der Verfolgung der Juden durch die Nazis gleichsetzen. Diese Form von Antisemitismus kann sich auf die Sicherheit der jüdischen Gemeinden auswirken. Ich denke, es gibt viel legitime Kritik an Israel, auch in Israel selbst. Wir müssen aber verstehen, dass sich Antisemitismus in den unterschiedlichsten Formen manifestieren kann. Wenn wir von Polizeiaktionen, vom Verhalten von Staatsanwälten und Richtern sprechen, müssen wir sämtliche Umstände berücksichtigen. Das erfordert nicht nur Präzision, sondern auch gesundes Urteilsvermögen.

DIE FURCHE: Henri Lévy hat auch zwischen rechtem, islamistischem und linkem Antisemitismus unterschieden und gemeint, dass der linke der gefährlichste sei, weil seine Argumente am meisten Akzeptanz finden.

Baker: In Europa tritt der Antisemitismus in verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Form auf. Die Ursachen für antisemitische Vorfälle können unterschiedlich sein. In Skandinavien

Ukraine im Zwielicht

Rechtsextreme Tendenzen haben in den Jahren seit dem Maidan-Aufstand in der Ukraine zugenommen. Es kam zu Schändungen von Friedhöfen (o.) und jüdischer Einrichtungen.

Zuwanderer. Die Regierung hat eine antisemitische Kampagne gegen den Finanzmagnaten George Soros entfesselt, den sie für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich macht. Aber die jüdische Gemeinde in Ungarn selbst ist davon nicht betroffen.

DIE FURCHE: Sie würden also die Anti-Soros-Kampagne als klar antisemitisch einstufen?

Baker: Sie spielt mit einem sehr traditionellen antisemitischen Topos. Als ich vor ein paar Monaten in Budapest war, haben mir die jüdischen Gemeindefürsprecher und ausländische Diplomaten das bestätigt. Die Regierung besteht aber darauf, dass sich ihre Kampagne nur gegen Flüchtlinge, nicht gegen die Juden richte. Die Zuwanderer werden dämonisiert. Jedes Problem, das im Zusammenhang mit den Flüchtlingen auftritt, maßlos übertrieben. Aber Antisemitismus ist etwas anderes.

DIE FURCHE: Sehen Sie einen Unterschied zwischen West- und Osteuropa betreffend Antisemitismus?

Baker: In Zentral- und Osteuropa geht es um die Schwierigkeiten, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Da sehen wir zum Beispiel viele faschistische Führer, die mit den Nazis kollaboriert und sich an der Judenverfolgung beteiligt haben, rehabilitiert werden. Ich denke da etwa an Miklós Horthy in Ungarn. In den Niederlanden können wir einen moderneren Antisemitismus beobachten. Das hat auch mit der islamischen Zuwanderung zu tun. Umfragen aus dem Jahr 2012 zeigen, dass viele Juden sich scheuen, in der Öffentlichkeit durch ihre Kleidung, wie die Kippa oder bestimmte Juwelen, erkennbar zu sein, weil sie physische Attacken fürchten. Das sieht man vor allem in Westeuropa. Wenn man Juden in Ungarn, der Ukraine oder selbst in Polen fragt, so sehen sie Sicherheitsbedenken vor allem in Westeuropa. Dort geht es also darum, dass die Regierungen dafür sorgen, dass die Juden in Sicherheit leben können.



„Umfragen aus dem Jahr 2012 zeigen, dass viele Juden in Westeuropa sich davor scheuen, durch ihre Kleidung erkennbar zu sein weil sie Attacken fürchten.“

Rabbi A. Baker

Er ist ein führender Experte zum Thema Antisemitismus in Europa. Andrew Baker ist seit 1990 Leiter des Europa-Büros des Amerikanischen Jüdischen Komitees.